

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

339

Wien, am 14. Dezember 1932.

Die Glatteisbekämpfung.

In der Nacht von Montag auf Dienstag ist in Wien Glatteis eingetreten. Die Glatteisbekämpfung besorgt in Wien, wie bekannt ist, der städtische Strassenpflegebetrieb. Dieser hat nun heute nachts zur Durchführung der Bestreuungsarbeiten bereits von 2 Uhr 30 an 15 Betriebsbeamte, 38 Strassenaufseher und 676 Strassenarbeiter in den Dienst gestellt. Um 5 Uhr wurden ausserdem zwei automobiler Sandstreumaschinen und vier Sandstreuautos, um 6 Uhr noch vierzehn pferdebespannte Streufuhrwerke zur Glatteisbekämpfung eingesetzt. Von 5 Uhr an stand ^{bereits} das gesamte Personal in Verwendung. Der städtische Strassenpflegebetrieb sorgt für die Bestreuung der Strassenübergänge bei Strassenkreuzungen und der Gehwege längs der Parkanlagen im verbauten Gemeindegebiet. Da eine durchlaufende Bestreuung der Fahrbahnen undurchführbar ist, liegt es im Interesse der Fussgänger, die Fahrbahnen nur im Zuge der bestreuten Strassenübergänge zu überqueren. Zur Bestreuung der Gehwege, die längs der privaten Liegenschaften verlaufen, sind gemäss dem Wiener Strassenpolizeigesetz die Hausbesitzer, Pächter, Verwalter oder Besorger verpflichtet.

Budget - Bericht 1933.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 14. Dezember 1932.

Der Gemeinderat der Stadt Wien begann heute unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Seitz die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1933.

Die Verhandlungen leitete STR. Dr. Danneberg mit einem ausführlichen Expose ein, in dem er unter anderem berichtete:

Der Voranschlag für 1933 mit 358.2 Millionen Schilling Einnahmen und 359.9 Millionen Schilling Ausgaben und einem Abgang, der nicht einmal ein halbes Prozent beträgt, ist um rund hundert Millionen Schilling kleiner als in den Jahren 1929 und 1930, die den Höhepunkt in der Entwicklung des Gemeindehaushaltes seit dem Kriege darstellen. In der Verkürzung um mehr als 20 Prozent drücken sich die Wirkungen der letzten Abgabenteilung und einer Reihe von Steuersenkungen aus den Jahren 1929 und 1931 aus, die nur teilweise durch die Erhöhung der Wohnbausteuer und die Wiedereinführung der Bodernwertabgaben wettgemacht wurden; vor allem aber die Wirkungen der verheerenden Wirtschaftskrise, unter der wir zweifellos auch noch im Jahre 1933 zu leiden haben werden. Ihre Folgen für die öffentlichen Haushalte zeigen sich in der ganzen Welt. Die Wirkungen sind in den Haushalten der Städte überall noch grösser als in den der Staaten, da für die Gemeinden die finanzpolitischen Möglichkeiten überall eingeschränkt sind. Nach zwei Jahren trostloser Wirtschaftslage, die bei uns in Oesterreich einer Zeit gefolgt sind, die man auch nicht als eine Periode wirklicher Hochkonjunktur bezeichnen konnte, stehen wir nun am Anfange eines neuen Jahres, ohne dass sich ein Lichtblick zeigt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt.

Wien, am

Mit dieser harten Tatsache müssen wir rechnen. Der Kapitalismus hat sich als unfähig erwiesen, durch seine sogenannte Ordnung der Wirtschaft den Menschen auch nur die nackte Existenz zu sichern, er hat angesichts gefüllter Speicher und Magazine Millionen Menschen zu erzwungenem Müsiggang, zulangsamem Verhungern und zur Hoffnungslosigkeit verurteilt. Wie sehr die ganze Welt von dieser Krise ergriffen ist, zeigt die Tatsache, dass der Welthandel im ersten Halbjahr 1932 auf das Niveau des Jahre 1910 gefallen ist.

Die Staaten haben versucht, mit den Mitteln der Wirtschaftspolitik die Krise zu bannen oder zu lindern, innerhalb ihrer Grenzen erträglicher zu gestalten. Der Autarkiewahn, der die Menschen ergriffen hat, hat kläglich Schiffbruch erlitten. Seine Experimente haben die Krise nur verschärft. Besonders in unserem kleinen Oesterreich mit seinen $6\frac{1}{2}$ Millionen Menschen und seiner internationalen Verflochtenheit ist der Gedanke der Autarkie absurd.

Zu den schweren Erschütterungen, die die Krise im allgemeinen brachte, kamen bei uns noch die besonderen Ursachen einer speziellen österreichischen Krise und einer verhängnisvollen Entwicklung seit dem vergangenen Jahre. Wenn im Jahre 1918 der politische Zusammenbruch des alten Oesterreich erfolgte, so kam im vergangenen Jahre der Zusammenbruch der alten österreichischen Finanzmächte, die immer noch ihren Machtbereich über das Gebiet des alten Oesterreich und darüber hinaus ausgedehnt hatten, und es begann der Liquidationsprozess einer Entwicklung, die, so lange sie erfolgreich war, den Privatinteressen der Geldmächte diente, die aber, sobald es schief ging, die gesamte Volkswirtschaft belastet und an den Rand des Verderbens gebracht hat. Gegen die Wirkungen der furchtbaren Kreditkrise wollte sich der Staat zur Wehr setzen. Dass er den Kampf um die Sicherung der Währung aufgenommen hat, war notwendig. Aber zur Verhinderung des Verbrechens der Kapitalsflucht sind seine Massnahmen zu spät gekommen. Dagegen haben sie wirtschaftsdrosselnd und wirtschaftszerstörend gewirkt.

Seit dem Oktober 1931 haben wir Devisenvorschriften, seit April 1932 haben wir auch Einfuhrverbote. Auch die neuen Massnahmen wurden im Rahmen eines Systems angewendet, das seit Jahren eine verfehlte Grundtendenz hat. Das Hauptproblem für Deutschösterreich war immer, für seine grosse Industrie, für sein Gewerbe und seinen Handel gesteigerten Absatz im Auslande anzubahnen und Wien als grossen, internationalen Handelsplatz zu behaupten. Aber der überragende Einfluss der Agrarier in der Regierungsmehrheit des Nationalrates hat entgegen den Lebensinteressen der Industriebevölkerung und vor allem Wiens jahrelang zu einer einseitig agrarisch orientierten Wirtschaftspolitik geführt, die noch in der schweren Krise - und dann erst recht - fortgesetzt worden ist. Sie hat den Zollschutz des Binnenmarktes für die Landwirtschaft in die erste Linie gestellt und dafür die Interessen der Industrie oft genug preisgegeben. Sie hat auch die Zwangswirtschaft des letzten Jahres einseitig missbraucht:

(Lebhaftes Zwischenrufe bei den Christlichsozialen. GR. Dr. Wernisch : Wir sind doch nicht im Parlament ! - GR. Bi ber : Ist das ein Referent ? Sind wir in einem Kaffeehaus ?)

STR. Dr. Danneberg : Wir sind nicht in einem Kaffeehaus, sondern im Wiener Gemeinderat, der die wirtschaftlichen Tatsachen für Wien prüfen muss, wenn er das Budget der Gemeinde beraten soll. (Lebhafter Beifall bei den Soz. dem.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

STR. Dr. Danneberg in seinem Expose fortfahrend: In der Art der Behandlung der Einfuhrbewilligungen, der Kontingente und der Kompensationspolitik, in dem langen Festhalten an einer ausgesprochenen Steuer auf den Export, wie es die Rohstoffquote war, deren Ablieferung die Nationalbank noch bis vor wenigen Tagen verlangt hat. Dieser Agrarpolitik ist es gelungen, der Landwirtschaft in Oesterreich höhere Preise zu sichern. Ende Juli des heurigen Jahres standen die Preise der wichtigsten Lebensmittel in Oesterreich um 70 Prozent höher als der Weltmarktpreis.

(Lebhafter Zwischenrufe bei den Christl. soz. GR. Bi ber:
Glauben Sie, Sie sind in einer Wählerversammlung? Sind sind am Referententisch!)

STR. Dr. Danneberg: Ja, ebendeshalb sage ich das. (Lebhafter Beifall bei den Soz. dem.)

STR. Dr. Danneberg in seinem Expose fortfahrend: Aber mit den höheren Preisen wurde der Absatz erschlagen, wurden die Produktionskosten der Industrie neuerdings vergrößert und die Ausfuhr erschwert. Er ist jetzt, da viele Möglichkeiten verschüttet sind, scheint sich eine Umkehr zu vollziehen, aber das System der Einfuhrverbote, der Kompensationen und der Kontingente kann höchstens Stapelindustrien begünstigen und versagt, wo es sich um Geschmacksindustrien und um Gewerbehandelt, in denen man nicht mit typisierten Waren rechnen kann. Das ganze System der Devisenvorschriften erschlägt den Transithandel, der für das Wiener kaufmännische Leben hervorragende Bedeutung hat.

In den ersten zehn Monaten des Jahres 1932 ist die Ausfuhr von Fertigwaren aus Oesterreich gegenüber den ersten zehn Monaten des Jahres 1929 auf 34.4 Prozent gesunken. Die Ausfuhr von Fertigwaren ist in den drei Jahren von 1330 auf 457 Millionen Schilling zurückgegangen. (Hört - Hört- Rufe bei der Mehrheit) . Darin allein steckt die Ursache der Arbeitslosigkeit von 150.000 bis 200000 Menschen. Freilich drückt sich darin auch die starke Senkung der Preise auf dem Weltmarkto aus. Aber auch mengenmässig ist die österreichische Ausfuhr von Fertigwaren so gesunken, dass sie heuer wahrscheinlich kaum mehr als ein Drittel des Exportes vom Jahre 1928 erreichen wird. Insbesondere sind auch spezielle Wiener Produktions- und Handelsartikel dadurch schwer betroffen. Gegenüber dem Jahre 1929 ist die Ausfuhr von Strick- und Wirkwaren aus Baumwolle auf weniger als ein Viertel, die Ausfuhr von Herrenhüten auf etwa vier Zehntel, die Ausfuhr von Regen- und Sonnenschirmen, von Lederwaren, von Zier-, Schmuck- und Luxusartikeln auf ein Drittel, die Ausfuhr von Drechsler- und Schnitzwaren auf ein Sechstel, die Ausfuhr von Silberarbeiten auf ein Drittel und die von Goldarbeiten auf ein Zehntel gesunken. Es ist berechnet worden, dass die Produktionskosten der Ausfuhrindustrie sich seit einem Jahre um zwanzig Prozent erhöht haben. Wie wenig würde da die Vergütung der Fürsorgeabgabe an die Exportindustrie, selbst wenn sie möglich wäre, bedeuten!

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am

Die Abspefungs politik hat die österreichischen Preise von den Weltmarktpreisen losgelöst. Wir hatten im Sommer Grosshandelspreise, die um 35 Prozent höher als die Weltmarktpreise waren. Die Verteuerung spürt die einheimische Bevölkerung; sie ist überdies auch eine Schädigung des Fremdenverkehrs, der wachsende Bedeutung hat.

Die traurigen Wirkungen der Krise und dieser Politik sind sichtbar in der Stilllegung von Betrieben, in der Verringerung der Belegschaften, in der Krzzarbeit, in der Abwanderung von Handelsniederlassungen, in der wachsenden Arbeitslosigkeit. Ende November zählte man in Wien 23.000, Mitte November in ganz Oesterreich 56.000 Arbeitslose mehr als vor einem Jahr. Setzt man die Arbeitslosigkeit des Jahres 1923 für ganz Oesterreich gleich ¹⁰⁰ Hundert, so war sie schon in der guten Konjunktur des Jahres 1928 auf 163, im Jahre 1931 auf 240 gestiegen und ist heuer sicher beträchtlich grösser. Immer grösseren Anteil hat die Jugend an der Arbeitslosigkeit. Nach einer Zählung vom März des heurigen Jahres sind unter den Wiener unterstützten Arbeitslosen 22 Prozent bis zu 25 Jahre alt gewesen. Nach den Angaben des Industriellenverbandes haben in der Wiener Metallindustrie von ¹⁰⁰ Arbeitern, die im Herbst 1929 dort beschäftigt waren, im September 1932 nur mehr 42 gearbeitet (Hört Hört-Rufe bei der Mehrheit) und davon nur 25 voll. In der Wiener Starkstrom- und Kabelindustrie sind gegenüber 100 Arbeitern im Jahre 1929 nur mehr 34 beschäftigt gewesen und davon nur mehr 11 voll.

Wie der Wiener Handel mitgenommen wurde, zeigt die Tatsache, dass die Zahl der Mitglieder des ^{den} Gremiums der Wiener Kaufmannschaft, das den mittleren und Grosshandel umfasst, von 13.142 im Jahre 1925 auf 8585 im Jahre 1931 zurückgegangen ist. Die Zahl der Handelsarbeiter und Handelsarbeiterinnen Wiens ist seit dem Jahre 1924 um ein Drittel gesunken.

Für Wien können wir annähernd auch die Lohnverluste berechnen. Die Fürsorgeabgabe warf im Jahre 1929 das höchste Erträgnis mit 79.5 Millionen Schilling ab. Wir können sie für 1933 nur mehr mit 55 Millionen Schilling veranschlagen. Der Rückgang von 25 Millionen Schilling zeigt eine Lohn- und Gehaltsverringerung in der Privatwirtschaft an, die 600 Millionen Schilling beträgt, fast ein Drittel der Lohnsumme,

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am

die im Jahre 1929 ausgezahlt worden ist. Diese Schwächung der Kaufkraft der breiten Massen bringt neben allen Leiden für die Betroffenen schwere Schläge für das ganze Gewerbe mit sich, von dem sich zwar manche Zweige krisenfester erwiesen haben als die grossen Betriebe, andere aber wieder der ärgsten Verelendung verfallen sind.

Und dennoch müssen wir sagen, dass die Verhältnisse in Wien in mancher Beziehung nicht so arg sind, wie im übrigen Oesterreich. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist in Wien eine langsamere als in den anderen Ländern. Wenn die Zahl der unterstützten Arbeitslosen im Jahre 1923 gleich 100 war, so ist sie in Wien im Jahre 1931 172 und in den übrigen Bundesländern 387 gewesen! (Hört Hört! bei der Mehrheit). Auch die wirtschaftlichen Todesfälle sind in Wien verhältnismässig geringer an Zahl als in den anderen Ländern. Die Anzahl der Ausgleich betrug im Jahre 1929 in Wien 861 und hat sich in den ersten 11 Monaten des heurigen Jahres verdoppelt. In den übrigen Ländern ist sie aber von 1126 auf 2407 gestiegen. Die Anzahl der Konkurse stieg in der gleichen Zeit in Wien von 188 auf 252, in den Ländern aber von 393 auf 733. Das ist nicht ein Trost, aber immerhin eine Erkenntnis, die uns zeigt, dass es nicht richtig ist, dass ausserhalb Wiens die Verhältnisse besser seien als hier. Sie sind im Gegenteil noch schlechter. Würden die Breitner-Steuer wirklich jenen schrecklichen Einfluss auf das Wirtschaftsleben gehabt haben, der ihnen seit einem Jahrzehnt zugeschrieben wird, so könnte diese Entwicklung nicht sein. Die Investitionen der Gemeinde im Betrage von mehr als einer Milliarde und die der Gemeindeunternehmungen von fast 500 Millionen Schilling haben offenbar eine sehr gute Wirkung geübt. Selbst jetzt, bei dem sehr eingeschränkten Arbeitsprogramm der Gemeinde und in der ungünstigen Zeit des November haben wir auf den Gemeindebauten Beschäftigung für 3700 Arbeiter geschaffen.

Die Gemeinde hat aber ausser ihren eigenen Investitionen auch Investitionen in der Privatwirtschaft angeregt. Sie hat ^{durch} besondere Gesetzesbestimmungen bei der Fremdenzimmerabgabe und bei der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe Investitionen im Betrage von mehr als 20 Millionen Schilling herbeigeführt. Sie hat auch die private Bautätigkeit gefördert. Stadtrat Kunschak hat im Finanzausschuss angeregt, es möge der Ertrag der Bodenwertabgabe, soweit er nicht für Mietzinszuschüsse verwendet wird, zur Förderung der privaten Bautätigkeit Verwendung finden. Wir können heute die Finanzgebarung der Gemeinde nicht durch neue Zweckbestimmungen erschweren. Aber es kann gesagt werden, dass, während der Ertrag der Bodenwertabgabe bisher gegenüber den Ausgaben für die Mietzinszuschüsse um 5 Millionen Schilling höher war, die Gemeinde für die Heimbauhilfe Kredite von insgesamt 6'2 Millionen Schilling bewilligt hat.

Die Gemeinde hat dadurch, dass sie frühzeitig ein Wasserkraftwerk gebaut hat, eine Verbilligung des Kraftstrompreises herbeigeführt. Sie hat das Nutzwasser für das Gewerbe wesentlich verbilligt. Sie hat der Wiener Metallindustrie durch die Russlandaktion zwei Jahre lang Aufträge im Werte von 74'5 Millionen Schilling zugeführt und durch ihre Beteiligung ^{an} der Russlandaktion des Bundes für die Wiener Industrie Aufträge von fast 25 Millionen Schilling ermöglicht. Der Kreditverein der Zentralsparkasse hat an Wiener Gewerbetreibende und Kaufleute zu einem Zinsfuss von 6 Prozent, also der Hälfte dessen, was heute immer noch Kreditnehmer der Bank zu zahlen haben, Darlehen im Betrage von 43'7 Millionen Schilling ausgeben.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am

Auch bei der Steuerpolitik haben wir das Gewerbe begünstigt. Im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern haben wir die kleinen Werkstätten und Geschäftslokale nur mit einer ganz niedrigen Steuer belegt und grössere Lokale gegenüber grösseren Wohnungen begünstigt, während man anderwärts umgekehrt verfahren ist. Wir hatten bei der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe die Steuer nach der Leistungsfähigkeit der Betriebe eingerichtet und zum Beispiel fünf Sechstel aller Wiener Gastwirte von der Steuer freigelassen. Erst als unsere Steuer aufgehoben und eine neue im Einvernehmen mit der Bundesregierung gemacht werden musste, kam man zu einem mechanischen System, das heute allgemein als unrichtig empfunden wird.

So lange die Gemeinde die Kraftwagenabgabe einheben konnte, hat man erklärt, diese Steuer sei eine Hemmung für die Entwicklung des Autoverkehrs und ihre Unerträglichkeit gegeisselt. Damals waren nur die Personenautos besteuert, nicht das Motorrad, nicht der Lastkraftwagen. Das Autotaxi zahlte sechs Schilling monatlich. Seitdem die Gemeindesteuer aufgehoben ist und der Bund seine Kraftwagenabgabe und seine Benzinsteuer gemacht hat, zahlt ein Motorrad 50 bis 140 Schilling ^{jährlich} (Hört! Hört! bei der Mehrheit!) ein Lastdreirad 150 Schilling, (Hört! Hört! bei der Mehrheit) ein 5 Tonnen-Lastkraftwagen, der täglich 100 Kilometer fährt, 7000 Schilling im Jahr (Lebhafte Hört-Hörtrufe bei der Mehrheit). Die 6700 Wiener Lastkraftwagen, die früher keine Steuer zu leisten hatten, sind jetzt mit einer Steuer von rund 7 Millionen Schilling belastet (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten). Ein Taxi, das der Gemeinde 72 Schilling jährlich zahlen musste, zahlt jetzt 990 Schilling. Eine sorgfältige Berechnung ergibt, dass der Wiener Autoverkehr jetzt 18 1/3 Millionen Schilling Jahressteuer aufzubringen hat, mehr als dreimal so viel, als die Gemeinde gefordert hat. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten). Nicht die angeblich wirtschaftsfeindliche Gemeindeverwaltung, sondern der Bund hat der Wiener Industrie und dem Handel die sa Steuer auferlegt.

Man klagt über die Fürsorgeabgabe der Banken. Aber die Zentralbanksteuer des Bundes macht mehr aus als die ganze Fürsorgeabgabe, die die Kreditinstitute zu zahlen haben (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten).

Die Lustkarkeitssteuer, über deren Höhe so oft geklagt wurde, ist heute in vielen Fällen nicht grösser als die Warenumsatzsteuer, die von den Lustbarkeiten gezahlt werden muss. Als die Gemeinde vor zehn Jahren eine Luxuswarensteuer von 12 Prozent einführte, galt das als unerträglich. Heute erreicht die Warenumsatzsteuer für lebenswichtige Bedarfsartikel eine solche Höhe.

Wenn dennoch immer wieder über die Wiener Steuern geklagt wird, so ist das verständlich, weil bei dem schlechten Stande der Wirtschaft die Steuern fühlbarer werden. Aber die Gemeinde hat sich auch hier anpassen versucht. Sie hat vom Jahre 1930 an sieben Steuern ermässigt und bei der Erhöhung der Wohnbausteuer nichts anderes als einen Krisenbeitrag für Arbeitsbeschaffung verlangt. Der Bund hat, um sein Budget auszugleichen, eine Reihe schwer wiegender Steuererhöhungen vorgenommen und will im Jahre 1933 einen Ertrag erreichen, der nur um 1 1/5 Prozent hinter dem Ertrag der Bundesabgaben im Jahre 1928 zurückbleibt. Die Gemeindeabgaben sind für das Jahr 1933 mit einem Betrag veranschlagt, der um 20 Prozent hinter ihrem Ertrage vom Jahre 1928 zurücksteht.

Mit Recht bekämpfen die Gemeinden den Grundsatz des Bundes, dass er zwar für sein eigenes Budget Vorsorge trägt, den Gemeinden aber keine Möglichkeit für gleiches Tun lässt. Aber noch weniger möglich ist der

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am

Standpunkt, dass es zwar dem Bund erlaubt sein soll, die Wirtschaft stärker zu besteuern, wenn er es für notwendig findet, dass aber die Gemeinde dann die Pflicht habe, Entlastungen herbeizuführen, um die Lage erträglich zu gestalten. Eine solche Arbeitsteilung in der Steuerpolitik kann es nicht geben. Denn auch die Gemeinden haben ihre Verpflichtungen und Aufgaben; sie sind in der Krisenzeit nicht kleiner, sondern grösser geworden. Es war notwendig, die Ausgaben für das Wohlfahrts- und Gesundheitswesen trotz der Verringerung der Einnahmen um 100 Millionen Schilling auf derselben Höhe zu erhalten. Man mag einwenden, dass dies bei gestiegenem Elend zu wenig sei. Aber wer gerecht urteilt, wird dennoch sagen, dass es eine ausserordentliche Leistung ist. Wir haben unsere Ausgaben für die Schule in den letzten Jahren auf ungefähr gleicher Höhe zu erhalten vermocht. Fürsorge und Schule erfordern mehr als die Hälfte der Mittel des Voranschlags. Innerhalb der Fürsorge spielt die Jugendfürsorge auch finanziell eine grosse Rolle. Zusammen mit den Ausgaben für die Schule ergibt sich ein Betrag von mehr als 100 Millionen Schilling, den die Gemeinde für die heranwachsende Jugend verwendet.

Auch jetzt muss es unser Bestreben sein, möglichst viel der Wirtschaft zugute kommen zu lassen. Wir haben 47 Millionen Schilling für Investitionen im Voranschlag, daneben 60 Millionen Schilling für Erhaltungsarbeiten, Lebensmitteleinkäufe und dergleichen, die auch dem Markte zugute kommen, dann noch 20 Millionen Schilling Investitionen der städtischen Unternehmungen. Alles bescheiden und zu wenig, verglichen aber mit den Leistungen anderer Körperschaften immer noch viel. Wir führen die Wohnbautätigkeit weiter und wollen unsere Versprechungen erfüllen. Nach den 60.000 Wohnungen sollen weitere 20.000 gebaut werden (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten). Das Tempo ergibt sich aus dem Ertrage, den die Wohnbausteuer liefert.

Heute muss ganz Wien für eine Politik Dank sagen, die die Stadt nicht mit grossen Anleihen belastet hat (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten). Wir wären sonst in denselben Schwierigkeiten wie andere Städte und müssten entweder den Steuerdruck wesentlich verschärfen oder unsere Gegenwartsverpflichtungen arg vernachlässigen. Damit will ich freilich nicht sagen, dass ich eine Anleihepolitik der Gemeinde für alle Zeiten und unbedingt ausgeschaltet wissen will. (Zwischenrufe). Es können Augenblicke kommen, in denen für eine Uebergangszeit ein gewisses Mass von Verschuldung notwendig werden kann. Aber diesen Zeitpunkt muss man sich sorgsam aussuchen und auch das Ausmass und den Zweck sorgsam festlegen.

Selbstverständlich streiten öffentliche und private Wirtschaft miteinander darüber, inwieweit der Ertrag der privaten Wirtschaft in Anspruch genommen werden soll. Auch die, die eine Uebersteuerung wahrzunehmen glauben und darüber klagen, wünschen oft in einem Atem die Ausdehnung der Aufgaben der Gemeinde. (Zwischenrufe). Sicher ist, dass die private Wirtschaft durch die Krise so viel Unheil angerichtet hat, dass nur das Eingreifen des Gemeinwesens das Leben überhaupt noch erträglich zu gestalten vermag (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten) und dass gerade aus dem Versagen der privaten Wirtschaft und aus der privatkapitalistischen Behandlung aller Wirtschaftsfragen, die naturgemäss, trotz aller Predigten, egoistisch bleibt, in der heutigen Gesellschaft immer neue Aufgaben für das Gemeinwesen erwachsen. Wenn der Unternehmer seinen Betrieb wegen Ertragslosigkeit reduziert oder spornt, um sein Kapi-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII. Blatt

Wien, am

tal zu betten, so erwachsen dem Gemeinwesen neue Aufgaben aus der Sorge um die Menschen, die auf die Strasse gesetzt werden. Dazu braucht aber das Gemeinwesen wieder die Mittel, ob es sich jetzt um den Bund oder um die Gemeinde handelt.

Mag sein, dass man da manchmal in schweren Zeiten von einer gewissen Wegsteuerung des Kapitals nicht ganz mit Unrecht sprechen kann. Aber Kapital ist in Oesterreich auch anders^{als} durch Wegsteuerung oft genug verlorongegangen (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten). Eine lässige Bankenwirtschaft hat Verluste von mehr als einer Milliarde herbeigeführt, die den Staat zu hoch verzinslichen Anleihen gezwungen haben und die der Wirtschaft durch eine dauernd hohe Bankrate ^{schwerere} Lasten auferlegt haben als alle Steuern. Die Ordnung im Gemeinwesen aufrechtzuerhalten, ist nicht eine blosse Polizeianglegenheit, die mit dem Gummi- knüttel gelöst werden kann. Sie muss durch die Erfüllung der sozialen Pflichten gelöst werden (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten) und die notwendigen Geldmittel hiezu müssen beschafft werden.

Ich habe schon an anderer Stelle gesagt, dass ich die bestehenden Gemeindesteuern nicht als ein unantastbares Ideal betrachte. Das hat auch mein Vorgänger nicht getan und er hat selbst wiederholt Steuerermässigungen vorgeschlagen, wenn der richtige Zeitpunkt dazu da war. Aber man muss zweifellos unterscheiden: In einer Zeit aufsteigender Wirtschaft kann eine Steuerermässigung Antrieb und Belebung bedeuten und muss letzten Endes die gesamten Einnahmen nicht schmälern. In einer Zeit wirtschaftlichen Niederganges sinken die Steuererträge automatisch. Senkungen der Steuersätze noch dazu ergeben so starke Verminderungen der Einnahmen, dass man sie nur verantworten kann, wenn man auch die Ausgaben sofort entsprechend vermindert. Wir haben aber in unserem Voranschlag keine überflüssigen Ausgaben. Man kann über irgendwelche kleine Posten verschiedener Meinung sein, aber nicht über solche, die finanziell eine wirkliche Rolle spielen.

Steuerregelungen nach unten sind auch deswegen schwer, weil kein Beruf geneigt ist, gerecht zu sein und jeder begreiflicherweise nur sein eigenes Interesse sieht. Kaum einer würde verstehen, dass man nicht ihm, sondern einem anderen Berufe Erleichterungen schafft. So entsteht gleich ein grosses Problem, dessen Lösung nicht einfach ist. Eine Kritik ist von vorneherein unfruchtbar, wenn sie sich nur in allgemeinen Klagen ergeht, alle Pflichten, der Wirtschaft Erleichterungen zu schaffen, nur auf die Gemeinde wälzt und übersieht, dass das Schicksal der Wirtschaft nicht von den Gemeindesteuern, sondern vor allem von der ganzen Wirtschaftspolitik abhängig ist, soweit es überhaupt im Rahmen des eigenen Landes beeinflusst werden kann. Die Kritik bleibt unfruchtbar, wenn sie nicht im einzelnen anzugeben vermag, welcher Abbau an Steuern und welcher Aufbau von Steuern im Rahmen der der Gemeinde zustehenden Kompetenz erfolgen soll. Wenn man auf der einen Seite Anträge stellt, die eine Steigerung der Ausgaben der Gemeinde um Dutzende Millionen zum Inhalte haben, und auf der anderen Seite über die Wegsteuerung des Kapitals klagt, kommt man nicht vorwärts. Mit Recht hat die Mehrheit der Wiener Bevölkerung eine solche Kritik seit einem Jahrzehnt zurückgewiesen. Heute muss man insbesondere auch sagen, dass das ganze Steuerproblem nicht nur unter dem normalen Gesichtspunkt der Beschaffung von Einnahmen zu betrachten ist, sondern dass es sich um Opfer für Bekämpfung der Not handelt, an denen die Opfernden letzten Endes vielleicht dasselbe Interesse oder mehr Interesse haben, als die,

RATHAUSKORRESPONDENZ

IX. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

deren Not durch die Opfer gelindert werden soll. Noch ein anderer Gesichtspunkt darf nicht vergessen werden: Das Vetorecht der Bundesregierung bis zum Jahre 1935 ist ein Hindernis für die freie Entscheidung der Gemeinde in Steuerfragen. Man wird sich daher schon unter diesem Gesichtspunkt jedes Vorgehen sorgfältig überlegen müssen.

Unter den Ursachen der Verringerung der Gemeindecinnahmen spielt auch die Abgabenteilung eine grosse Rolle. Man hat uns im vergangenen Jahre nach dem damaligen Stande der Ueberweisungen einen Betrag von 35 Millionen Schilling genommen. Zieht man die Verringerung der Bundessteuererträge in Betracht, von denen wir Anteile bekommen, so ergibt sich als Verkürzung für das Jahr 1933 ein Betrag von etwa 20 Millionen Schilling. Ich bin sehr dankbar, dass Herr Stadtrat Kunachak kürzlich im Nationalrat selbst Verwahrung dagegen eingelegt hat, dass etwa ein solcher Aderlass an Wien wiederholt werde. Wir gönnen allen andern Ländern und Gemeinden in Oesterreich das Beste, aber wir müssen auch auf unsere Rechte für Wien bestehen. Eben jetzt wieder unternimmt die Bundesregierung mit ihrer Steuereinhebungsvorlage einen Angriff auf Wien, der beträchtliche finanzielle Wirkungen haben müsste. Sie will in Zukunft die Bundessteuern selbst einheben, aber uns den ganzen Apparat überlassen, der Jahrzehnte auch für den Staat die Arbeit besorgt hat und in Wien - wohl nicht zur Freude der Steuerzahler - einen Wettlauf der Steuerexekutoren veranstalten. Aber wenn die christlichsozialen Wiener Abgeordneten da nicht mittun, gibt es im Nationalrat für dieses Gesetz keine Mehrheit. (Zustimmung bei den Soz. dem.)

Zu unserer Selbstbehauptung gehört auch die richtige Einstellung zu den Monopolbetrieben der Gemeinde. Es war gewiss eine grosse Tat, die Gas- und Stromerzeugung und die Strassenbahn vor drei Jahrzehnten zu sozialisieren, wenn das damals auch nur bedeutet hat, die Gewinne dieser Unternehmungen dem Privatkapital zu entreissen und der Gemeinde zuzuführen. Aber es war auch ein grosser Verdienst, das die gegenwärtige Verwaltung für sich in Anspruch nehmen darf, diese Betriebe, die im Kriege heruntergewirtschaftet worden sind, wieder instandzusetzen und in der Zeit der Inflation mit einer richtigen Tarifpolitik trotz aller demagogischen Anfeindungen im Gemeindebesitz zu erhalten. Die schwere Wirtschaftskrise nimmt jetzt auch diese Betriebe mehr oder minder hart mit. Sie mit den richtigen Methoden vor jeder Gefahr zu schützen, gehört auch zu den grossen Aufgaben, die wir gegenwärtig haben.

Jede Verwaltung hat die Pflicht, ihr Dasein immer wieder durch ihre Leistungen zu rechtfertigen. Sie hat Rechenschaft zu geben und sie hat Programm zu machen. So soll der Voranschlag aufgefasst werden. Mit gutem Gewissen empfehle ich seine Annahme. (Stürmischer Beifall bei den Soz. dem.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

X. Blatt

Wien, am

Die Generaldebatte über den Voranschlag und die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe I^A werden unter einem abgeführt.

Stadtrat Kunschak (chr. soz.) : 14 Jahre haben wir das System Breitner bis zur Neige ausgekostet und sind jetzt davon überrascht, dass dieses System sein Ende gefunden hat und dass an seine Stelle ein anderes treten soll. Wer die persönliche und sachliche Auswirkung heute beobachtet hat, die dieser Wechsel in der Person des Finanzreferenten herbeiführte, erinnert sich unwillkürlich an das Wort: Es kommt selten was besseres nach (Lebh. Beifall bei den Chr.) Das steuerzahlende Wien ist vom Regen unter die Traufe gekommen. Der frühere amtsführende Stadtrat hat den Vorzug gehabt, dass er ein fachlich hochgebildeter Mann und eine ganz ausserordentliche Arbeitskraft war. Diese beiden schönen Eigenschaften namentlich die erstere hat nur schwer darunter gelitten, dass er sich im Rahmen einer Weltanschauung betätigen musste, die nun einmal nichts Gutes hervorzubringen vermag (Lebh. Beifall b. d. Chr. soz.). Man sagt manchmal, die Denkweise der Juristen sei durch ihr Studium etwas verkrüppelt; beim Finanzreferenten Breitner ist das Fachwissen sicher sehr stark belastet worden durch seine sozialdemokratische Ueberzeugung, der er in allen seinen Massnahmen bis zu den letzten Konsequenzen glaubte treu bleiben zu müssen. Auch darin hat sich eine gewisse gute Eigenschaft des Finanzreferenten gezeigt. Man wusste immer, woran man bei ihm ist. Er ist sich und seinen Grundsätzen in allen seinen finanzpolitischen Massnahmen treu geblieben, mit einer einzigen Ausnahme, dass er nämlich im Jahre 1922 behauptet hat, seine Steuern seien Inflationssteuern und müssten sofort bei geändertem Geldwert verschwinden. Aber in allem anderen wusste man, das ist der Breitner, der finanzpolitische Repräsentant einer sozialdemokratischen Gemeindegewirtschaft, der von diesem Weg in nichts abzubringen ist. Wir haben dafür nichts Besseres eingetauscht. Denn heute haben wir zwar ein Stück Verleugnung Breitnerscher Grundsatzpolitik gehört. Der jetzige Finanzreferent hat gesagt, er stehe durchaus nicht auf dem Standpunkt, dass an den Steuern der Gemeinde nichts geändert werden könne. Das wäre eigentlich eine sehr verheissungsvolle Mitteilung. Aber es war unschwer zu erkennen, dass das ein blosses Lippenbekenntnis war. Während Breitner sein starres Nein mit männlicher Offenheit in die Welt hinaus und den Wiener Steuerträgern ins Gesicht geschmettert hat, hat der neue Finanzreferent seine freundliche Geste hinsichtlich der Forderung nach Aenderung des Steuersystems dann doch wieder in den Speichel rabulistischer Redensarten eingewickelt, sodass den Bissen gar kein Hund mehr fressen kann (Lebh. Beifall und Beifall b. d. Chr. soz.) Ich muss sagen, mindestens appetitlicher war das, was Stadtrat Breitner als Richtschnur seiner Finanzpolitik gelegt hat. Der heutige Finanzreferent unterscheidet sich auch in dem einen von dem gewesenen Referenten, dass der frühere sein Referat mit einer Darstellung allgemein wirtschaftspolitischer Art eingeleitet hat, die es vermied, irgendwelche Polemiken zu führen und dass er dann ein anschauliches, seine Ansichten klar wiedergebendes Bild über die Grundlagen, Ziele und Richtlinien des Budgetes gab, während sich der heutige Referent darin gefallen hat, die Polemik eines Agitators in einer Volksversammlung zu führen (Lebh. Beifall b. d. Chr. soz.), um sich damit gewissermassen den Hintergrund zu schaffen, von dem sich sein dürftiges Budget vorteilhafter abheben soll. Er war dabei wahrscheinlich der Meinung, die grosse Masse bleibt von dem Inhalt des Budgetes ohnehin vollständig unberührt, die heutige Zeit durstet so sehr nach Polemik, Kritik, eventuell auch nach Beschimpfungen und ungerechtfertigten Angriffen des Gegners, da füttert man die Masse damit, dann ist die Einführungsrede viel wirkungsvoller (Lebh. Beifall b. d. Chr. soz.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XI. Blatt

Wien, am

St. R. Kunschak beschäftigt sich sodann mit den einzelnen Gemeindeabgaben, und zwar zunächst mit der Abgabe von unverbauten Grundflächen. Diese Abgabe ist in ihrer Konstruktion eine ganz entsetzliche Missgeburt, wie auch aus verschiedenen Aeusserungen ihres Schöpfers hervorgeht, der im übrigen in offener Gemeinderatssitzung ^{zu-}sagte, er wolle nur die erste Auswirkung der Abgabe abwarten und dann an ihre Rekonstruktion schreiten. Heute drei Jahre nach der Beschlussfassung über dieses Gesetz ist an der Abgabe noch nichts geändert. Die Gemeinde verpackt grosse Grundkomplexe, die sie besitzt, weiter. Diese Gründe sind mit der Bodenwertabgabe von unverbautem Grund belastet. Die Steuer wird auf den Pächter überwältigt. Heute steht auf der Tagesordnung der Antrag auf einen Zuschusskredit von 150.000 Schilling, der damit begründet wird, dass die Vorschreibung der Bodenwertabgabe für die Gemeindegründe für die drei Jahre 1930 bis 1932 nun nachträglich erfolgt. Eine Steuer, deren Vorschreibung drei Jahre erfordert, trägt an sich schon das Merkmal der Unmöglichkeit. Für die Gemeinde ist das sehr einfach, da sie sich die Bedeckung vom Pächter holt. Aber auf den Pächter wird nach 3 Jahren die Abgabe überwältigt. Nun erfährt das Pächter auf einmal, dass der Grundwert, den er etwa ^{mit} 7 Schilling angenommen hat, jetzt von der Gemeinde mit 30 Schilling bemessen wird. Es ergibt sich daher eine mehr als vierfache Steigerung der Bodenwertabgabe, die der Pächter jetzt auf einmal leisten soll, für die er aber keine Bedeckung hat. Ein anderer Bodenbesitzer hat die Möglichkeit, gegen die Feststellung des Grundwertes zu berufen. Der Pächter kann das nicht, weil nicht ihm, sondern der Gemeinde die Abgabe vorgeschrieben wurde und die Gemeinde sich nicht veranlasst findet, gegen die zu ihren Gunsten vorgenommene Ueberbemessung Stellung zu nehmen. Nach der Konstruktion des Gesetzes könnte die Gemeinde ihre Pächter geradezu enteignen, da sie in der Einschätzung ihres Grundes ganz frei ist. Es ergibt sich daraus, dass sowohl das Pächter- schutz- wie das Mietenschutzgesetz für die Pächter der Gemeinde Wien ausgeschaltet erscheinen. Dazu kommt noch ein weiterer Umstand: In der ganzen Welt ist es ein bodenpolitischer Grundsatz, dass der unverbauter Grund nur unter dem Gesichtswinkel ^{besteuert} wird, der Grundspekulation entgegenzuwirken und Baugrund für die Bautätigkeit freizumachen. Aber auch der Hof jedes Wohnhauses, von dem man wünschen müsste, dass er möglichst gross sei und der gar nicht Gegenstand der Spekulation sein kann, wird mit dieser Abgabe belegt. Ebenso jeder Garten. Das ist unsinnig und ungerecht zugleich. Wir stellen daher folgenden Antrag: Der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgemeinschaft wird beauftragt, der Landesregierung ungesäumt eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, durch welche das Gesetz betreffend die Bodenwertabgabe von unverbauten Grundflächen der in Aussicht gestellten Revision zugeführt wird, wobei auf Pacht- und gewerbliche Nutzungsgrundflächen besondere Rücksicht zu nehmen ist. (Lebh. Beifall b. d. Chr. soz.)

Der Finanzreferent hat sehr beweglich und mit Recht über den starken Rückgang unseres Exportes geklagt, wenn auch seine Motivierung total falsch war. In allen Staaten tun die öffentlichen Faktoren alles, um den Export zu beleben. Die Gemeinde Wien belastet die Exportprodukte genau so mit der Fürsorgeabgabe wie die für den Inlandmarkt bestimmten Produkte. Dabei sind die österreichischen Exportwaren sogenannte Qualitätswaren, bei denen mehr als bei anderen Waren der Prozentsatz des Arbeitslohnes überwältigt, sodass die Fürsorgeabgabe für die Preisbildung eine noch grössere Rolle spielt als für die Inlandware. Man muss sich entschliessen,

RATHAUSKORRESPONDENZ

XII. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

In der Frage der Fürsorgeabgabe einen anderen Weg als bisher zu gehen. Wir haben in der Beziehung schon Anträge gestellt und wir wiederholen heute den Antrag, dass der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe II beauftragt wird, der Landesregierung ungesäumt eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, durch welche das Gesetz betreffend die Fürsorgeabgabe dahin geändert wird, dass die auf die Gehalts- und Lohnquote für die in das Ausland ausgeführten Waren entfallende Abgabe rückvergütet wird (Lebh. Beifall b. d. Chr. soz.) [Hinsichtlich der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe hat sich der Referent daran gestossen, dass das Gesetz zu sehr mechanisiere und zu Schädigungen führe und er hat angedeutet, dass an dem Gesetz die Bundesverwaltung Schuld trage. In Wirklichkeit ist dieses Gesetz ein Kind eingehenden Verhandlungen zwischen dem Finanzminister des Bundes und dem Finanzminister der Gemeinde. Es ist also ein faktiertes Gesetz, für das Bund und Gemeinde die gleiche Verantwortung zu tragen haben. Da die Zustimmung des Finanzreferenten der Gemeinde zu dem Gesetz erfolgt ist, ist es geradezu ein lächerlicher Versuch, sich der Verantwortung entziehen zu wollen. Beide Teile waren der Meinung, dass werden mit dem Gesetz etwas Gutes gemacht. Die Erklärung dafür, dass die Sache am Ende doch nicht stimmt, liegt lediglich darin, dass es damals die Unterhändler der Gemeinde an der notwendigen Aufrichtigkeit gegenüber dem Finanzministerium haben fehlen lassen. Die Grundtendenz des Finanzministeriums war es, den Steuerträgern mindestens 6 Millionen im Jahr zu ersparen, den Ertrag der Steuern von etwas über 17 Millionen auf höchstens 10'6 im Jahr herunterzudrücken. Str. Breitner hat damals die Befürchtung geäußert, dass die Skala den Ertrag von 10'6 Millionen nicht bringen werde, während ich die Meinung vertrat, dass sie einen weit höheren Ertrag sichere. Das Material, auf Grund dessen man zu einem flüssigen Ergebnis hätte kommen können, ist das Geheimnis des Wiener Magistrats und des Herrn Breitner. Wir waren auf Kombinationen angewiesen. In das Gesetz wurde nun die Bestimmung hineingenommen, ^{dass} wenn Breitner Recht hat, die Gemeinde eine Nachtragsvorschreibung vornehmen kann, während, wenn ich Recht habe, eine Reduktion der Skalastufen vorgenommen werden soll. Darauf hat man sich darauf geeinigt, immer mit der Tendenz, von 17 auf 10'6 Millionen herunterzukommen. Nun haben sich die Verhältnisse seit dem Jahre 1931, wesentlich geändert. Infolge der unerhört scharfen Wirtschaftskrise ist das Schankgewerbe, dessen Ausübung nicht unerlässlichen Lebensbedürfnissen dient, am ersten zum Handkuss gekommen und der Umsatz ist in allen Betrieben ganz fürchterlich zurückgegangen. Diese Tatsache kann man doch nicht dem Schankgewerbe zur Last legen. Wäre keine Veränderung ^{in der Skala} eingetreten, so hätte Herr Breitner auch nicht 17, sondern nur 8 oder 9 Millionen hereingebracht. Dann hätte die Gemeinde diesen Verlust ebenso wie bei einer Reihe anderer Abgaben zu ihren Lasten buchen müssen. Der Antrag, dass von einer Nachzahlung abgesehen wird, ist wirklich nur eine Demonstration, die den wahren Sachverhalt verdunkelt. Eigentlich braucht man diesen Beschluss nicht, es wäre einfach von der Finanzverwaltung die Tatsache zur Kenntnis zu nehmen, dass nicht infolge Versagens der Skala, sondern infolge Schrumpfung des Umsatzes sich dieser Minderertrag ergeben hat. Wenn aber der Finanzreferent auf diesem Antrag besteht, so können wir darin nur die feierliche Bestätigung dafür erblicken, dass unsere Stellung in dieser Frage einen solchen Erfolg erzielt hat, dass sich ^{dem} eben auch die sozialdemokratische Mehrheit nicht entziehen kann. Es ist das eine Ehrung, nach der ich wirklich nicht geizt habe.

Die Wertzuwachsabgabe ist auf einer notorischen Lüge aufgebaut. Beim Realitätenverkauf gibt es keinen Wertzuwachs, da die allergünstigsten

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIII. Blatt

Wien, am

Kaufpreise heute noch zumind. est/zu 40 Prozent unter dem Vorkriegswert liegen. Es ist also nicht nur kein Wertzuwachs, sondern ein starker Wertverlust. Zu verstehen ist es noch, wenn diese Abgabe dort eingehoben wird, wo es sich um offensichtliche Spekulationen handelt. Das müsste aber im Gesetz ausgesprochen sein. Wir beantragen daher den amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe II zu beauftragen, dem Gemeinderat eine Novelle zum Gesetz betreffend die Wertzuwachsabgabe von Liegenschaften vorzulegen, wonach die Uebertregung von Liegenschaften der Abgabe dann nicht unterliegt, wenn der massgebende Erwerb vor dem 1. Jänner 1919 erfolgt ist.

Einem Kapitel, der Frage des Bürgerspitalsfonds, ist der Referent aus dem Wege gegangen. Es ist auch das ein Erfolg unserer Partei, was ich sehr gern quittiere. Der Fonds ist durch die Inflation, durch die Entwertung des Grund- und Hausbesitzes passiv geworden, seine Einnahmen sind versiegt. Die Gemeinde hat die Pflicht, an seine Stelle zu treten. Sie erfüllt diese Pflicht mehr schlecht als recht. Zuerst hat man sich die Praxis zurechtgelegt, über den Grundbesitz des Fonds so zu verfügen, als ob es sich um herrenloses Gut handelt. Unsere Angriffe haben dazu geführt, dass man sich entschlossen hat, die Behandlung dieses Besitzes auf die Basis eines Zweckvermögens zu stellen. Man ist dann dazu gekommen, wenn man Baugründe des Fonds für Zwecke von Wohnhausbauten verwendet hat, sie dem Bürgerspitalsfonds zum üblichen Preis abzukaufen und hat sich endlich entschlossen, für die Gründe, die man nicht käuflich erworben, aber ^{orts-} verwendet hat, einen Pachtzins in der Höhe von 1 Prozent zu bezahlen. Ein gauslicher Zustand, wenn man bedenkt, dass der Wert der Gründe nicht valorisiert wurde. Wir haben dagegen angekämpft und wie aus dem Budget ersichtlich ist, ist es uns gelungen, die Gemeindeverwaltung zu veranlassen, dass vom 1. Jänner an die Pachtgründe des Fonds mit 3 Prozent verzinst werden. Das ist wohl ein bedeutender Fortschritt. Es ist aber noch immer vollständig ungenügend und beschämend. Denn die Gemeinde verzinst dem Fonds die Beträge die sie ihm ^{bevorschusst}, mit dem doppelt hohen Zinsfuss. Das ist der Höhepunkt der Schöblichkeit. Man müsste entweder die Zinsforderungen den Fond auf 3 Prozent ermässigen oder die Zinsforderung des Fonds auf die jeweilige Bankrate, das sind gegenwärtig 6 Prozent erhöhen.

Die Wohnhausverwaltung steht vor der ernstesten Gefahr, dass für die Erhaltung der Bauten ungenügend vorgesorgt ist. Heute geht die Sache noch, da die meisten Häuser relativ jungen Datums sind und eine Reihe von ihnen noch in der Haftpflicht der Unternehmungen ist. Es besteht eine Rücklage von rund 9 Millionen bis Ende dieses Jahres und ausserdem ist im Voranschlag vorgesehen, dass aus dem Mietzinssertrags des Jahres 1933 4 Millionen als Rücklage für die Erhaltungskosten reserviert werden. Das sind scheinbar grosse Summen. Wenn man aber bedenkt, dass die Wohnhausanlagen, wie STR. Weber sagte eine Ausdehnung in der Grösse der Stadt Wiens haben, so ergibt sich, dass mit diesen Rücklagen das Auslangen bald nicht wird gefunden werden können. Aber auch für Erneuerungsrücklagen ist nicht gesorgt. All das zeigt, dass Ihr Wohnbauprogramm nicht von sachlichen sondern nur von politischen Erwägungen diktiert war. (Lebhafter Beifall b.d. Chr. soz.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIV. Blatt

Wien, am

Der Referent hat auch von der Notwendigkeit von Investitionen gesprochen. Wie es die Sozialdemokraten mit dieser Erkenntnis halten, beweisen schon die Wohnhausbauten. Im Jahre 1930 haben sie für Wohnhausbauten 93.1 Millionen verausgabt, im Jahre 1931 80.7 Millionen, im Jahre 1932 sind nur mehr 50 Millionen veranschlagt, die sicher nicht verausgabt werden, und für 1933 sind nur mehr 40.9 Millionen veranschlagt. Die Aufwendungen für Wohnhausbauten allein sind also gegenüber dem Jahre 1930 um 52 Millionen, also um mehr als 60 Prozent herabgesetzt. Nimmt man den Voranschlag der Hoheitsverwaltung insgesamt, so wurden für Wertvermehrnde Investitionen im Jahre 1930 117.4 Millionen verausgabt, im Jahre 1931 96.7 Millionen, im Jahre 1932 waren nur mehr veranschlagt 63.8 Millionen, von denen schon grosse Absprüche vorgenommen worden sind, und für 1933 sind nur mehr 43.4 Millionen vorgesehen. Die Ausgaben für Investitionen wurden also seit 1930 um 74. Millionen oder um 80 Prozent gekürzt. Man kann also nicht sagen, dass sich die Sozialdemokratische Partei bei der Aufstellung des Gemeindebudget und der Festlegung der Gemeindepolitik der Notwendigkeit bewusst war, durch grosse Investitionen und öffentliche Arbeiten den Arbeitsmarkt zu beleben. Der Not kann nur durch Arbeitsbeschaffung abgeholfen werden und dazu hätte die Gemeinde manche Gelegenheit. Der Redner erinnert an seinen am 17. Juni gestellten Dringlichkeitsantrag, demzufolge die Wohnbauförderung des Bundes auch in der Gemeinde eine den Erfahrungen angepasste Nachbildung finden solle, und an seinen im Parlament gestellten Antrag, Grosswohnungen in Klein- und Mittelwohnungen umzubauen. Dieser Antrag findet im Parlamente die stärkste Gegnerschaft der soz. dem. Partei. (Hört - Hört- Rufe bei den Christl. soz.) Die Gemeinde könnte das ohne Schwierigkeiten tun. Die Bodenwertabgabe von verbaulichem Grund ist eine reine Zwecksteuer. Ihre Einnahmen betragen 2.4 Millionen, die Ausgaben sind mit 900.000 Schilling veranschlagt. Die Ersparnis von 1.4 Millionen verschwindet ^{entsprechend den Bestimmungen des} ~~in~~ ^{Gesetzes} in den allgemeinen Steuergeldern. Der Mehrertrag dieser Zwecksteuer könnte verwendet werden, um die Bestrebungen, Grosswohnungen zu teilen, nachdrücklichst zu fördern.

Der Redner beantragt: Aus den Überschüssen des Ertrages der Bodenwertabgabe von verbaulichem Grund wird ein Fond gebildet, aus welchem den Hausbesitzern für die Umgestaltung von Gross- in Klein- und Mittelwohnungen, für die Vornahme von Auf- und Zubauten sowie für die Ansanierung von Klein- und Mittelwohnungen Darlehen zu mässigen Zinsen gewährt werden." (Beifall bei den Christl. soz.)

Die Frage, woher die Mittel zu nehmen seien, hat der soz. dem. Abgeordnete Dr. Bauer in der Sitzung des ^{Dr.} Finanzausschusses des Nationalrates vom 10. Dezember beantwortet. Bauer hat in seiner Rede im Finanzausschuss das grösste Gewicht darauf gelegt, dass die Wirtschaft durch öffentliche Arbeiten angekurbelt werde, und er hat gesagt; "Wenn aber jemand behauptet, dass es überhaupt unmöglich ist, die Mittel für öffentliche Arbeiten und Bestellungen aufzutreiben, so wäre das eine arge Uebertreibung." Die Möglichkeit, der Aufnahme einer Anleihe ist bei der Gemeinde Wien eine grössere als beim Bund, denn der Bund ist stark verschuldet und hat für seine Schulden den Ertrag des Tabak- und Salzmonopoles schon verpfändet, während die Gemeinde Wien noch riesige Aktiven vollständig frei hat.

Der Redner stellt den Antrag: Zur Deckung der erforderlichen Mittel für die Durchführung des Wohnhausprogrammes sowie für Strassenherstellungen und Kanalbauten wird eine Anleihe im Betrage von 250. Millionen aufgenommen. Die Verhandlungen hierüber sind sofort aufzunehmen und ist

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XV. Blatt

Wien, am

über deren Ergebnis dem Gemeinderat spätestens bis Ende 1933 Bericht zu erstatten.

Nach den Ausführungen Dr. Bauers ist nicht zu bezweifeln, dass die Mehrheit diesem Antrag mit allen Kräften unterstützen wird. (Heiterkeit und Beifall bei den Christl. soz.)

Zu den einleitenden Ausführungen des Referenten bemerkt der Redner, dass der Voranschlag heute schon nicht wahr ist und dass der Referent sich in voller Kenntnis dieser Tatsache befindet. In diesem Budget ist keine Rücksicht genommen auf die Defizite der städt. Unternehmungen, namentlich jene der Strassenbahnen. Wir haben uns bisher damit geholfen, den Abgang von einem Jahr immer auf das nächste Jahr vorzutragen. Es wird aber der Tag kommen, wo das nicht mehr gehen wird, und wenn es sich nicht um Gemeindebetriebe, sondern im Privatbetriebe handeln würde, hätten die Strassenbahnen schon längst das Ausgleichs-, eventuell das Konkursverfahren einleiten lassen müssen. Diese Defizite müssten pflichtgemäss auf die Passivseite der Voranschläges gestellt werden. (Zustimmung bei den Christl. soz.) Auch die Pensionskassa ist mit einem Riesendefizit behaftet und es rückt die Gefahr heran, dass das Institut zusammenbricht. Derzeit hält es sich nur mehr dadurch aufrecht, dass die städt. Betriebe die Pensionsansprüche aus ihren Einnahmen decken und die Pensionskassa den städt. Betrieben die Beträge schuldig bleibt. Diese Dinge zeigen, dass es um die Gemeindefinanzen trotz diesem schön gefärbten Voranschlag schlecht genug steht.

Der Referent hat ^{auch} gemeint, die verfehlte Handelspolitik/und die der Regierung Bevorzugung der agrarischen Interessen hätten den Zustand verschuldet, indem wir uns heute befinden. Demgegenüber muss betont werden, dass die zwingenden Bestimmungen des Friedensvertrages Oesterreich, aber auch die anderen Staaten in der Führung eines vernünftigen Zoll- und Handelspolitik schwer behindern. Das Hauptübel liegt in der Bestimmung über die Meistbegünstigung, ^{unter} der die ganze europäische Zoll- und Handelspolitik leidet, und es ist daher mit grosser Freude zu begrüssen, dass auf der Wirtschaftskonferenz in Stresa der gegenwärtige österr. Bundeskanzler eine Lockerung des starren Systems der Meistbegünstigung herbeigeführt und so neue Voraussetzungen für eine vernünftigere Zoll- und Handelspolitik geschaffen hat. (Lebhafter Beifall bei den Christl. soz.) Wir hoffen, dass die neuen Bestimmungen, die in Stresa festgelegt worden sind, die Möglichkeit bieten, vor allem anderen mit Deutschland in ein erträgliches handelspolitisches Verhältnis zu kommen, wie es unserer wirtschaftlichen Kraft und unserer nationalen Verbundenheit entspricht. Natürlich spielen in der Zoll- und Handelspolitik auch die Einfuhrbeschränkungen eine Rolle, aber man soll nicht den angreifen, der von diesem Mittel zuletzt Gebrauch gemacht hat. Ein Mann, der ernst genommen werden will, sollte es sich überlegen, vom Referententisch so unmotiviert und unhaltbare Angriffe vorzubringen. (Lebhafter Beifall bei den Christl. soz.) Auch wenn es wahr wäre, dass die Regierung die agrarischen Interessen zu stark berücksichtigt hätte, so wäre ^{darin} noch immer nicht das Recht zu einem Vorwurf gelogen. Die österreichische landwirtschaftliche Bevölkerung bildet über 45 Prozent der Gesamtbevölkerung und es ist für die Wirtschaftslage eines Volkes nicht gleichgültig, in was für einer wirtschaftlichen Situation sich diese 45 Prozent der Bevölkerung befinden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XVI. Blatt

Wien, am

Wenn diese grosse Gruppe vor dem Zusammenbruch bewahrt wurde, der nicht nur den Zusammenbruch ihrer Existenz, sondern auch den Zusammenbruch ihrer Konsumkraft bedeuten würde, so ist das noch lange nicht eine einseitige agrarische Politik. Es ist auch absolut unrichtig, dass die österreichische Regierung in den Zollkrieg mit Ungarn eingetreten ist, um die agrarischen Interessen Oesterreichs gegen die ungarische Konkurrenz zu schützen. Die Kündigung des Handelsvertrages wurde nur deshalb unternommen, weil Ungarn die Ressourcen des österr. Marktes für seine agrarischen Produkte in der unerhörtesten Weise ausgenutzt und unsere Ausfuhr auf den ungarischen Markt mit allen Mitteln unterbunden hat. Der neue Handelsvertrag bringt einen Grossteil unserer Industrie die Möglichkeit, die Waren nach Ungarn unter bevorzugten Bedingungen auszuführen. Der Erfolg wird davon abhängen, wie weit der ungarische Markt konsumkräftig ist, um die österreichischen Waren in entsprechendem Umfang aufnehmen zu können.

Was der Referent über die Kraftwagenabgabe und die Bezinsteuer gesagt hat, ist ein demagogischer Dreh, mit dem man in Versammlungen imponieren kann, mit dem aber den Gemeinderat verschonen sollte. Er weiss sehr genau dass die Benzinsteuer als Zwecksteuer eingeführt wurde, um das Strassennetz in Oesterreich endlich einmal in Ordnung zu bringen, was auch für das Wirtschaftsleben in Wien von grösster Bedeutung ist, und ich würde nur wünschen, dass auch die Stadt Wien endlich daran gehe, ihr Strassennetz in Ordnung zu bringen. (Zustimmung bei den : Christl. soz.) Es ist unrichtig, dass durch die Einführung der Benzinsteuer die Wiener Bevölkerung mit 18 Millionen belastet worden ist. Tatsache ist, dass das Benzin heute genau so viel kostet, als es bei der Einführung der Benzinsteuer gekostet hat. Die Darstellung des STR. Dr. Danneberg ist nichts anderes als eine demagogische Demonstration. Die Benzinsteuer hat das gute gehabt, dass das Benzinkartell gesprengt worden ist. Die Zinsgroschensteuer findet ^{auch} nicht den Beifall des Referenten. Er will da keinen Unterschied zwischen ~~nicht~~ ^{nicht} ~~erend~~ und progressiv finden, weil ihm das besser in seine Demagogie hineinpasst. Unrichtig ist auch, dass die Erhöhung der Wohnbausteuer einen Krisenbeitrag für Arbeitsbeschaffung darstellt, da ja die Gemeinde in ihren Wohnhausbau stark einschränken musste. STR. Dr. Danneberg hat auch erklärt, dass die Einnahmen des Bundes um 1.5 Prozent, die Einnahmen der Gemeinde hingegen um 16 Prozent niedriger sind. Dieser blosser Hinweis auf einen budgetären Kniff ist geradezu lächerlich. Man kann nur Gleiches mit Gleichem vergleichen. Der Bund hat nach der Verfassung mit wirtschaftspolitischen Problemen fast nichts zu tun. Die Gemeinde aber hat wirtschaftspolitische Aufgaben zu erfüllen, sie hat für die Armen zu sorgen und so fort. Ein Vergleich mit dem Bund ist daher nach dieser Richtung nicht stichhältig. Wenn STR. Dr. Danneberg mit grosser Pose darauf verwiesen hat, dass die Privatbetriebe zugesperrt werden, wenn ihre Rentabilität nicht mehr gegeben ist, so verweise ich darauf, dass die Betriebe und Unternehmungen der Gemeinde Wien ebenfalls nur nach streng kapitalistischen Grundsätzen geführt werden. STR. Breitner hat jeden Betrieb, der nicht mehr rentabel war, zugesperrt, so Zillingdorf, Mauthausen, Ybbs, u.s.w. Mit solchen Mätzchen soll man den Gemeinderat verschonnn.

RATHAUSKORRESPONDENZ

XVII. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Der Referent hat auch von der Kreditanstalt und von den verlorenen Milliarden gesprochen. Es gibt gewiss niemand, der nicht das Ereignis vom Mai 1931 bedauert. Mit Ausnahme der Heimatblöcker haben im Nationalrat alle Parteien für die Bundeshaftung gestimmt. STR. Breitner hat mit Recht für die Zentralsparkasse gezittert. Durch die Verpflichtung hat der Bund viele Institute vor dem Zusammenbruch bewahrt und es ist daher unanständig, anders zu argumentieren. Wir können nur Folgendes feststellen: Es ist ein neuer Finanzreferent, aber das alte System. Es ist ein neuer Finanzreferent, was aber geblieben ist, ist das System der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung. Dieses System ist zu verwerfen, es hat sich nicht bewährt und es drückt sich auch in sehr ungünstiger Weise in dem Voranschlag der Gemeinde Wien für 1933 aus. Deshalb werden wir für den Voranschlag nicht stimmen. (Beifall bei den Christl. soz.)

STR. Frauenfeld (nat. soz.) bemerkt, es sei überaus interessant, dass zur Beratung des Voranschlages die Staatspolizei zwei Vertreter auf die Galerie entsendet hat. Was wir vom Referenten über den Voranschlag gehört haben, war eine Versammlungsrede, weil ihm wahrscheinlich ein anderes Forum fehlt, vor dem er eine Rede halten könnte. Die verwaltende Partei hier und die Partei, die im Nationalrat die Regierungsmehrheit stellt, haben sich heute hier einige Aufrichtigkeiten gesagt, die gezeigt haben, dass das ganze System, nach dem bei uns regiert und verwaltet wird, untauglich ist. Wir werden keine unfruchtbare, sondern eine positive Kritik üben. Wir haben schon zur Genüge Variationen über das Thema Weltwirtschaftskrise gehört und es sind immer Beschwörungsformeln, die die Redner von sich geben, als ob es sich bei der von ihnen bezeichneten Weltwirtschaftskrise um eine Feuersbrunst, um einen Hagelschlag und dergleichen handeln würde, die man eben hinnehmen müsse. Der Hinweis auf die Krise, von der immer wieder gesprochen wird, kann absolut nicht die Absolution erteilen. In dem Voranschlag sind nicht die Ziffern erschreckend, sondern das Referat des Finanzreferenten. Der Bericht zeigte keine neue Idee, seine Ausführungen waren epigonenhaft, eine Fortsetzung dessen, was Breitner gesagt hat, es war erschreckend zu hören, dass die verwaltende Partei den Zeitläufen nicht Rechnung tragen kann oder will.

STR. Frauenfeld bespricht dann die Wirtschaftslage im allgemeinen und bemerkt, dass von einer Weltwirtschaftskrise nicht gesprochen werden kann. Als Krise bezeichnet man, wenn ein bestehender Zustand vorübergehend gestört, aber dann wieder hergestellt wird. Das ist aber nicht der Fall, denn die Wirtschaftslage hat sich derart verändert, dass sie zum alten Zustand überhaupt nicht mehr zurückkehren wird. Europa befand sich vor dem Weltkriege in dem Zustand unerhörter Industrialisierung und diesem Zustand hat der Ausgang des Weltkrieges ein Ende gesetzt. Die Verhältnisse in der Rohstoffbeschaffung, die Versorgung der Kolonien, alles dies änderte sich vom Grunde auf. Wenn von der Autarkie gesprochen wird, spricht man immer wie von etwas Nebensächlichem. Gewiss ist die Autarkie kein Ideal, aber sie ist ein Immunisierungsmittel gegen den Verfall. Was Sie als Weltwirtschaftskrise bezeichnen, ist die Krise der die Welt beherrschenden Demokratie, die auch durch die Aktiengesellschaften in die Wirtschaft hineingetragen worden ist. Die Demokratie züchtet Verantwortungslosigkeit sowohl in der Verwaltung wie auch in der Wirtschaft. Dem haben wir zuzuschreiben, was Sie als Krise der Wirtschaft bezeichnen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XVIII. Blatt

Wien, am

Heute ist jeder Leirbub totunglücklich, wenn er nicht auf einem Motorrad fahren oder zum Weeckend nicht mit seinem Grammophon hinausfahren kann. Es wird ganz künstlich ein Luxusbedürfnis erzeugt. Denn es ist ein Luxus, dass sich jemand, der nichts zu essen hat, einbildet, er müsse auf einem Motorrad fahren oder um jeden Preis eine blöd-sinnige Jazzmusik hören. Diese Erscheinungen sind nicht nur vom internationalen Kapitalismus, sondern auch vom internationalen Marxismus gefördert worden.

Die sogenannte österreichische Krise ist keine Krise in dem Sinne, dass heute ein Zustand nicht mehr besteht, der einmal bestanden hat und dass dieser ehemals bestandene Zustand wieder hergestellt werden müsse. Auch dann nicht, wenn man glaubt, eine Donaukonföderation schaffen zu können. Die Nachfolgestaaten haben sich im letzten Jahrzehnt eine sehr starke heimische Industrie geschaffen. Würden die heutigen Grenzen fallen, so würde man in den Nachfolgestaaten nicht die Fabriken in die Luft sprengen. Wir hätten gar keine Absatzmöglichkeit, ja wir würden von den Industrien der Nachfolgestaaten, die geringere Steuern haben, nur unterboten werden. Diese Folgen müssten sich ergeben, wenn man etwa rein mechanisch an eine Rekonstruktion vergangener Zustände schreiten wollte.

Hier in Wien kommt zu der österr. Not noch die spezielle Wiener Not hinzu, die durch die Unfähigkeit der Sozialdemokraten verschuldet ist. Die Sozialdemokraten haben das Erbe der Christlichsozialen übernommen und haben so gewirtschaftet, als ob Wien das Erbe des grossen Oesterreich wäre, dem die ganzen Ressourcen des europäischen Sudostraumes zur Verfügung stehen. Zu all dem gesellt sich die unproduktive Arbeitslosenfürsorge, die sich auf die Wirtschaft verheerend auswirken muss. Es wäre die primitivste Aufgabe der Gemeindeverwaltung gewesen, wenn auch ihre Möglichkeiten beschränkt sind, innerhalb des Gemeindegebietes die Arbeitslosigkeit nicht zur Katastrophe anwachsen zu lassen, sondern rechtzeitig Vorkehrungen dagegen zu treffen. Es hätte nicht jemand als Finanzreferent hingesetzt werden dürfen, der nur ein neuer Steuerinkassant ist, sondern ein Mann, der neue Arbeitsmöglichkeiten schafft, durch die dann automatisch neue Steuern einfließen würden. (Lebh. Beifall bei d. Nat. soz.) Es wurde behauptet, dass Wien in Bezug auf die Arbeitslosigkeit um soviel günstiger daran ist als die Provinz. Daran hat weder Dr. Danneberg noch sein Vorgänger ein Verdienst. Es ist begreiflich, dass es in Wien einem Arbeitslosen leichter ist, sich umzustellen als in einem Provinzort, wo oft nur eine einzige Fabrik besteht und wo der Arbeiter den Ort nicht verlassen kann, da er mit dem Stückchen Grund und Boden, das er hat, verwachsen ist. Aber auch darüber hinaus ist die Feststellung des Finanzreferenten unzutreffend, soweit es sich um die deutsche Bevölkerung in Wien handelt. Wien hatte vor 20 Jahren über 2 Millionen Einwohner, es hat heute etwa 1,000.000. Wien hat also seither nicht nur 200.000 deutsche Bewohner verloren, in derselben Zeit sind über 200.000 Fremdstämmige hereingekommen, das bedeutet einen Verlust von über 400.000 bodenständigen Bewohnern. Das beweist, dass Wien als deutsche Stadt unter der Herrschaft der Sozialdemokratie eine sterbende Stadt geworden ist (Lebh. Beifall bei d. Nat. soz.) Man müsste sich heute mit der Frage beschäftigen, ob unter den veränderten Verhältnissen, mit denen man in Europa und speziell in Oesterreich rechnen muss, überhaupt die Möglichkeit besteht, eine Weltstadt in der Form wie sie früher bestanden hat, aufrechtzuerhalten, oder ob sie nicht absterben muss, wenn sie den veränderten Zeitläufen nicht Rechnung trägt. Bei den entwickelten Verkehrsverhältnissen ist es heute nicht mehr notwendig, die Menschen auf einem verhältnismässig kleinen Raum so zusammenzuballen und der Erde so zu enturzeln, wie es vor Jahrzehnten der Fall war.

KRAI HAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIX. ~~MM~~ Blatt

Wien, am

Dazu kommt, dass wir von der Wärmewirtschaft langsam in das Zitalter der Elektrotechnik und der Chemie hineinwachsen, unser Zeitalter ist das Zeitalter des Fernsprechens und da wird eine Dezentralisierung sehr leicht möglich. Den neuen Perspektiven, die sich da ergeben, muss Rechnung getragen werden. Darauf ergibt sich aber die Notwendigkeit, die Stadt nicht wie Sie es immer getan haben, nur in die Höhe, sondern sie in das Weite, in das Grüne hinauszubauen und dadurch den Menschen die Möglichkeit zu geben, wieder eigenen Boden zu besitzen und ihn von der Maschine unabhängig zu machen. Ein Grund unserer Not ist auch die Tatsache, dass eine Stadt und ein Staat zugrundegehen müssen, in denen der Mittelstand zugrunde gerichtet worden ist. Der Mittelstand musste bei uns zugrunde gehen. Weil es Ihnen nicht möglich war, das Proletariat emporzuheben, haben Sie den Mittelstand proletarisiert. Durch diese Vernichtung der Mittelschichte ist auch dem Arbeiter die Aufstiegmöglichkeit genommen worden. Die Konzentration der Industrie und Wirtschaft, die nicht vom internationalen Kapitalismus gefördert wird, sondern auch von der Sozialdemokratie, bedingt es, dass es bei uns nur einige wenige Grossunternehmungen gibt, in denen das Emporkommen nicht von der Fähigkeit, sondern von der Rasse und von parteipolitischen Beziehungen abhängig ist. Durch die Vernichtung des Mittelstandes wurde den breiten Massen des Volkes jeder Ansporn genommen, Leistungen zu setzen. Es gibt zwei Formen von Grosstädten, solche, die organisch gewachsen und die kulturell bedingt sind, deren geographische und geopolitische Lage ihre Notwendigkeit erkennen lassen, und solche, die als Fremdkörper ihres Volkes zu betrachten und daher zum Absterben verurteilt sind. Wien gehört nach seiner ganzen Vergangenheit und Geschichte zu der ersten Gruppe und es hat daher eine Zukunft, wenn man den sich daraus ergebenden Notwendigkeiten Rechnung trägt. Davon hat man nie ein Wort gehört. Man addiert Ziffern, man gibt ausgeglichene Bilanzen her und glaubt, damit seine Pflicht erfüllt zu haben. Wenn Wien wieder das Zentrum des europäischen Südostraumes wird und dieser Zustand wird über kurz oder lang hergestellt werden müssen, wird es zwar mit der Industrie wenig mehr zuschaffen haben, aber es wird als Umschlagplatz, als Verkehrszentrum, als Zentrum des Kunstgewerbes und als Stadt einer hohen Kultur zu werten sein. Wie sehr Sie diesem Umstand Rechnung tragen, geht daraus hervor, dass das Defizit der Bundestheater zum grossen Teil auf die Lustbarkeitsabgabe zurückzuführen ist. Sie glauben wahrscheinlich, dass die Fremden nicht herinkommen, weil es sie in diese Stadt hoher Kultur hinzieht, sondern damit sie sich eines Ihrer Häuser betrachten können, die im Klosett- oder Emmentalerstil erbaut sind. Dazu kommt Ihre irrsinnige Steuerpolitik. Sie beschränken sich ja nur auf das reine Inkasso. Statt Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, die automatisch Steuern hereinbringen, stellt man sich auf den Standpunkt, zu nehmen, was hier ist und daraus zu holen, was man braucht. Man ist einerseits so stolz darauf, dass man der lebenden Generation die Kosten für den Wohnhausbau aufgebürdet hat, aber der Finanzreferent hat sich doch die Hintertür einer Anleihepolitik aufgemacht. Zu einer solchen Anleihepolitik werden Sie wahrscheinlich in den Zeitpunkt schreiten, wo die sozialdemokratische Parteiherrschaft zu Ende geht, damit Sie Ihren Nachfolgern die Schulden überlassen können. Eine Ursache der wirtschaftlichen Not liegt auch in dem erschütternden Vertrauen der Bevölkerung. Heute lägt das Geld der Oesterreich^{-er} in der Schweiz und wird dort ganz gering oder gar nicht verzinst, ja man muss die Depotgebühren dafür bezahlen, während wir Gelder durch Anleihen zu Wucherzinsen hereinbekommen. Man versucht systematisch die mittleren und kleineren Unternehmer zugrunde zu richten, weil man glaubt, wenn nur einige wenige sind, kann man ihnen ihren Besitz leichter wegnehmen. Durch diese Konzentration wird den Menschen die Lebens- und Aufstiegmöglichkeit geraubt. Dem armen Teufel

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XX. Blatt

Wien, am

ist es gleichgültig, ob derjenige, der an der Spitze eines Konsumvereins oder Unternehmens steht, als Generaldirektor oder als Genosse Volkskommis-sär angesprochen wird. Durch diese Konzentration haben Sie die Verantwortungslosigkeit auch in die Wirtschaft hineingetragen. Sie wenden sich immer gegen den internationalen Kapitalismus, wo Sie an der Herrschaft sind, wenden Sie aber die selben Methoden an, weil der Sozialismus nichts anderes ist, als ein übler Sohn des Liberalismus. Der Finanzreferent möge nicht wieder die Ausrede gebrauchen, dass der Bund, die Regierung in dieser Beziehung hemmend eingreifen. Sie berufen sich ja immer auf die Hunderttausende Fäuste, die Sie zur Verfügung haben. Dann hätten Sie aber mit diesen hunderttausenden Fäusten in zwei Generationen Zeit genug gehabt, Ihre Ideen zu verwirklichen. Ihr Reklambedürfnis zeigt sich überall. Man macht Dinge, mit denen man in Flugblättern und in der Zeitung Aufsehen erregen kann, man lässt aber alles ausser acht, was vielleicht notwendig wäre, aber sich parteipolitisch nicht ausschroten lässt. Man pretzt mit den 5 Gramm Radium und verringert die Spitalsbetten für die Tuberkulosen um die Hälfte, dies in einer Zeit, wo die steigende Not der Bevölkerung ein Ansteigen der Tuberkulose zweifellos zur Folge haben muss. Sie sind stolz darauf, dass Sie 50.000 oder 60.000 Wohnungen gebaut haben, Sie vergessen aber darauf, dass man mit dem Geld 70.000 oder 80.000 hätte bauen können. (Zwischenrufe bei den Soz. dem.) Ich habe meinen Lehrbrief als Maurergehilfe und mein Staatszeugnis als ^{prüfungs} Techniker und kann mir daher ein Urteil darüber bilden. (Heiterkeit und Zustimmung bei den Parteigenossen). Es sind Preise für den Kubikmeter verbauten Raumes errechnet worden, die bedeutet höher sind als die, die die Privatwirtschaft hätte bieten können. Es ist die reinste Demagogie, jährlich tausende von Wohnungen zu bauen, während auf der anderen Seite Wohnungen leer stehen und jeder sich um 3000 oder 4000 Schilling eine Wohnung kaufen kann. Das Erschreckende ist nicht die Lage, in der wir uns befinden, sondern die Unfähigkeit, mit der Sie dieser Lage gegenüberstehen. (Zustimmung bei den Nat. soz.) Wien ist heute nicht mehr die Metropole einer Grossmacht, sie hat nicht mehr das Hinterland, es müssten ihr daher durch einen gesteigerten Fremdenverkehr und durch Niederlassung von Leuten, die hier ihren Lebensabend verbringen wollen, neue Möglichkeiten erschlossen werden. Eine Stadt, die so erfüllt ist von einer grossen Geschichte und Vergangenheit, könnte zu einem Wallfahrtsort von Millionen Menschen gemacht werden, wenn man sich nicht darauf beschränken würde, in demagogischer Weise Wahlschlager zu sammeln auf Kosten der werktätigen Bevölkerung. Wenn von Wien der bestverwalteten Stadt der Welt gesprochen wird, so müssen wir sagen, dass Wien den Rekord an Selbstmorden hält und dass es auch im Verbrecherunwesen einen Rekord aufzuweisen hat, was nicht zuletzt auf die Art zurückzuführen ist, wie heute die Oeffentlichkeit und insbesondere die Jugend erzogen und versucht wird. Wir haben eine Stadt, in der ein Drittel der Bevölkerung von den allgemeinen Wohlfahrtseinrichtungen erhalten werden muss. Sind Sie sich jemals darüber klar geworden, wie demoralisierend diese unproduktive Arbeitslosenfürsorge ist? Man gibt den Leuten den Bettel einer Arbeitslosenunterstützung und sagt, das wäre eine soziale Errungenschaft. Mit solchen Dingen versucht man die Unzufriedenheit der Bevölkerung hintanzuhalten, Sie werden es aber noch zu spüren bekommen, wenn die Erbitterung der Leute sich durchbricht und sich gegen die Schuldigen wendet.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XXI. Blatt

Wien, am

Sie haben die grösste und schönste Stadt des Kontinents in der tiefste Elend hineingetrieben. Wer nach Ihnen kommt, wird einen Trümmerhaufen aufzubauen haben. Diese Stadt wird so lange eine sterbende Stadt sein, als sie unter Ihrer Herrschaft steht. Sie wird erst dann einer grossen Zukunft entgegengehen, bis sie von Ihrer Parteipolitik befreit sein wird. Sie würden diese Stadt zugrunde richten, wenn Ihnen die Zeit hierzu bliebe. Aber die Zeit werden wir Ihnen nicht lassen. (Beifall bei den Nat. soz., Gelächter bei den Soz. dem.) Wirtschaften Sie nur so weiter, dann wird der vorliegende Voranschlag einer der Letzten sein, dann werden Sie nicht mehr die Möglichkeit haben, aus dieser Stadt ein Experimentierfeld zu machen für Ideen, die in der Praxis schon lange als falsch erwiesen sind. Wir werden dafür sorgen, dass Wien möglichst bald von der sozialdemokratischen Mehrheit, die es in dieses Elend hineingetrieben hat, befreit wird. (Lebhafter Beifall bei den Nat. soz.)

GR. Dr. Hanke (nat. soz.) führt aus, STR. Dr. Danneberg sei ein Vertreter jener Politiker, die heute um die Macht ringen, um ihrer Rasse eine Vormachtstellung zu erkämpfen, eine jener Persönlichkeiten, denen der Sozialismus nur ein Lippenbekenntnis ist, die dem Sozialismus nicht dienen, sondern mit dem Sozialismus herrschen und unterdrücken wollen. Die Abwehrstellung der Nationalsozialisten diesen Personen gegenüber ist also durchaus natürlich. Wir haben aber nicht nur zum Politiker Dr. Danneberg Stellung zu nehmen, wir müssen dem neuen Stadtrat auch als gewählten Beamten wertlos und wir wollen dies unbeeinflusst von allen politischen Erwägungen tun. Die beste Gelegenheit bietet dieser Voranschlag. Der Voranschlag wird in den Details immer dürftiger, sodass eine Ueberprüfung heute schon ganz unmöglich geworden ist. Die sozialdemokratische Mehrheit hat der Opposition auf Heller und Pfennig Rechenschaft zu legen. Dies geschieht aber weder im Rechnungsabschluss noch im Voranschlag in genügender Weise. Beweisen Sie doch endlich, dass Wien die bestverwaltete Stadt ist und geben Sie der Opposition die Möglichkeit der Kontrolle. Solange Sie dies sorgfältig zu verhindern trachten, können wir mit Recht sagen, dass Sie Grund haben, der Opposition das Recht der Kontrolle zu verweigern. (Beifall bei den Parteigenossen). Sie haben einen Voranschlag eingebracht, der nicht einmal der Situation des Jahres 1932 entspricht, Sie haben in keiner Weise dem kommenden schweren Zeiten des Jahres 1933 Rechnung getragen. Im Namen meiner Fraktion mache ich den Stadtrat Dr. Danneberg für Alles, was kommen muss, schon heute verantwortlich. Die Lage unserer Stadt ist so ernst, dass ich es unterlassen will, an den einzelnen Posten des Voranschlages Kritik zu üben, sondern ich will nur einen allgemeinen Ueberblick unserer Lage geben. Bei dieser Gelegenheit muss ich besonders die Tatsache anprangern, dass zwischen dem Bund und der Stadt Wien ein Kampf geführt wird, der der Bevölkerung ganz unverständlich ist. An den gegenwärtigen Verhältnissen ist sowohl der Bund wie die Gemeinde Wien schuldig. Es besteht eine würgende Kreditnot, eine ungeheure Arbeitslosigkeit, Handel und Gewerbe gehen zugrunde. Die Effektuierung der Lausanner Anleihe ist mehr als unwahrscheinlich geworden und ich fürchte sehr, dass es für uns hier eine internationale Blamage geben wird. Das Jahr 1933 lässt keine Besserung sondern vielmehr eine Verstärkung der gegenwärtigen

RATHAUSKORRESPONDENZ

XXII. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Notlage erwarten. Nicht nur der Bund befindet sich in einer trostlosen Situation, sondern auch die finanziellen Lage der Städte und Gemeinden muss als trostlos bezeichnet werden. Der Jahresbericht der Zentralsparkasse vom 1931 weist als Darlehenssumme an öffentliche Körperschaften den Betrag von 123 Millionen Schilling aus, während im Jahre 1913 nur 14 Millionen Kronen ausgewiesen wurden. Es besteht leider die Befürchtung dass ein grosser Teil dieses Betrages verloren ist. Die Zentralsparkasse hat der Gemeinde Wien ein Darlehen von 12 Millionen Schilling gegeben, der Gemeinde Vöslau 2.8 Millionen, der Gemeinde Schwechat mehr als eine Million, der Gemeinde St. Pölten fast 9 Millionen, der Gemeinde Wr. Neustadt zehn Millionen Schilling. (Hört-Hörtrufe bei den Nat. soz.) Es besteht kein Zweifel, dass dieses Institut Wege gegangen ist, die grosse Gefahren heraufbeschwören. Wir haben es deshalb im Juni d.J. abgelehnt, den Ausschuss der Zentralsparkasse zubeschicken, weil wir uns für diese Wirtschaft nicht verantwortlich machen konnten. (Zustimmung bei den Parteigenossen).

Der Redner stellt den Antrag: Der Gemeinderat wolle beschliessen: Zur Ueberprüfung der Kreditgewährung der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien und der Einbringlichkeit der an öffentliche Körperschaften gewährten Darlehen wird ein Untersuchungsausschuss eingesetzt, der sich zu gleichen Teilen aus den im Gemeinderat vertretenen Parteien und Vertretern der Sparer und Einleger der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien zusammensetzt.

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass das Jahr 1933 für die schaffende Bevölkerung dieser Stadt und dieses Staates ein Jahr verschärfter Wirtschaftsnot sein wird. Die Bevölkerung wird die gegenwärtige Mehrheit für ihr Treiben bald genug zur Rechenschaft ziehen.

Glauben Sie nicht, dass Sie die Verantwortung für diesen Vorschlag durch die Berufung auf die Wirtschaftskrise ablehnen können. Das Urteil über die soz. dem. Partei und über die verantwortlichen Stadträte ist schon gesprochen, es wurde nur noch nicht verkündet. Die Sozialdemokraten arbeiten für ihre Partei, der Motor der nationalsozialistischen Politik ist aber das deutsche Volk. (Lebhafter Beifall bei den Nat. soz.).

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

XXIII

GR. Schaffhauß (soz. dem.) beschäftigt sich mit der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe. Er führt unter anderem aus, dass die frühere Abgabe nach dem Willen der sozialdemokratischen Gemeinderatsmehrheit die Klein- und Mittelbetriebe geschont und die grösseren und grossen Betriebe zur Zahlung herangezogen hat. Die alte Abgabe passte sich den einzelnen Betrieben an und der Unterausschuss konnte alle Fragen individuell behandeln. Das alles hat den Christlichsozialen nicht gepasst. Sie gingen in der Kampagne gegen die alte Nahrungs- oder Genussmittelabgabe mit dem Namen Lueger in den Versammlungen hausieren und ich stelle hier fest, dass von manchen christlichsozialen Rednern in diesen Versammlungen mit dem Namen Lueger Schindluder getrieben worden ist. Wo sie nur konnten, suchten sie die Abgabe zu Fall zu bringen. Sie gingen sogar so weit, dass sie Ihre eigenen Leute, die im Unterausschuss sassen, in schwerster Weise verdächtigten. Sie wendeten sich vor allem gegen das freie Ermessen. Ich kann hier nur sagen, dass das freie Ermessen einen Schutz für viele Gewerbetreibende bedeutete, dass durch das freie Ermessen Gerechtigkeit geübt werden konnte. Es gab keine mechanische Behandlung der Fälle, sondern nur eine individuelle. Aber das alles wollten die Christlichsozialen nicht, sie wollten die Abgabe auf die breiten Schultern der Gewerbetreibenden legen. Die Zusammensetzung des Unterausschusses war keine parteipolitische, ja bei den Ausreihungen haben sogar die christlichsozialen Leute den Vorzug gehabt. Die neue Nahrungs- oder Genussmittelabgabe nimmt auf die Lage des einzelnen Gewerbetreibenden keine Rücksicht mehr und das ist einzig und allein den Christlichsozialen zu verdanken. Sie haben sich 84 Leute angenommen und haben für diese die grosse Trommel geschlagen. Der Endeffekt ist, dass das Klein- und Mittelgewerbe jetzt genau so herangezogen werden muss, wie die grossen Betriebe. Das Männerheim in Hernals ist ebenso abgabepflichtig wie ein Konzertkaffee. Das ist ein Skandal. Die Gastwirte haben selbst verschiedene Vorschläge zum Schutz der Kleinen und Mittleren Betriebe gestellt, aber der Genossenschaftsverband, in dem die Christlichsozialen die Hauptrolle spielen, hat diesen Anträgen nicht zugestimmt. Wir werden auch in Zukunft unsere Bemühungen, die kleinen und mittleren Betriebe zu schützen, fortsetzen. (Lebh. Beifall b. d. Soz. dem.)

GR. Pichler (nat. soz.) erklärt, dass seine Partei für den Antrag stimmen werde, dass an Nahrungs- oder Genussmittelabgabe keine Nachzahlungen zu leisten sind, und auch keine Erhöhungen für 1933 platzgreifen. Wir wundern uns nur, dass Sie, die Sie aus der bodenständigen Bevölkerung alles herauspressen, was möglich ist, diesmal Nachsicht üben. Im vergangenen und im laufenden Jahre hat die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe zu einem katastrophalen Niedergange des Gastgewerbes geführt und viele Selbstmorde in diesem Gewerbe sind sicher in diesem Gewerbe zurückzuführen. Wir sagen darum: Fort mit der ganzen Nahrungs- oder Genussmittelabgabe, die wirtschaftsmordend und nichts anderes als eine zweite Warenumsatzsteuer ist, gegen die die Sozialdemokraten immer in scheinheiliger Weise auftreten, obwohl sie selbst einen Anteil an dieser Bundessteuer einstecken. (Lebh. Beifall b. d. Nat. soz.)

728

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIV. Blatt

Wien, am

Die Verhandlung des Gemeindevoranschlages wird sodann abgetrochen.
Es wird zur Verhandlung eines ^{Dringlichkeitsantrages} der Gemeinderäte
Rotter, Schaffer und Genossen geschritten, in welcher verlangt wird, dass
den ausgesteuerten Arbeitslosen und den im Genuss der Notstandsunterstüt-
zung stehenden im Rahmen der Winterhilfe eine einmalige Weihnachts-
spende ausbezahlt werde in der Höhe einer Wochenquote des Arbeitslosen-
beitrags, den der Betreffende erhält oder zuletzt erhalten hat.

Hiezu bemerkt Bgm. Seitz, dass der Gemeinderat der Aktion "Winter-
hilfe", die eine autonome Körperschaft ist, selbstverständlich durch Be-
schlüsse keine Vorschriften machen könne. Es könnte sich hier nur um eine
Resolution handeln, die an die Aktion Winterhilfe weitergeleitet werden
könnte.

GR. Rotter (nat. soz.) bemerkt, dass es den ausgesteuerten Arbeits-
losen ganz gleichgültig sei, wer hier kompetent ist, ob die Hilfe im Rahmen
der Winterhilfe oder von der Gemeinde kommt. Es wäre an der Zeit, diesen
armen Teufeln diese einmalige Unterstützung zukommen zu lassen, umsomehr
als der Bürgermeister in einer Rede auf dem Parteitag erklärt hat: Wir
stehen zu den Arbeitslosen. Der Bürgermeister hat dort auch erklärt, dass
unsere Führer Gaukler und Charlatane sind. Wenn die Mehrheit und der Bürger-
meister nicht annehmen, verdienen sie selbst diese Bezeichnung (Leb-
Beifall b. d. Nat. soz.)

St. R. Tandler bemerkt zunächst, es müsse festgestellt werden, dass
die Not der Arbeitslosen über jeden Zweifel erhaben ist und dass es selbst-
verständliche Pflicht ist, ihnen zu helfen. Der dringliche Antrag ist aber
schon deshalb nicht berechtigt, weil in diesem Budget wie in den Jahren
vorher für Zwecke einer einmaligen Zuwendung ein eigener Betrag vorgesehen
ist. Er sei übrigens auch überzeugt, dass, nachdem der Antragsteller von
dieser Tatsache nun Kenntnis erhalten hat, er einsehen wird, dass sein An-
trag wirklich nicht dringend ist.

Die Dringlichkeit wird abgelehnt. (Lebhafte Zwischenrufe).

Schluss der Sitzung 22 Uhr.

Bogenabfertigung 22'15 Uhr.